

Bundesrat will Inlandflüge nicht verbieten

Linienflüge zwischen Flughäfen in der Schweiz sollen weiterhin erlaubt sein. Der Bundesrat will Inlandflüge nicht verbieten. Er beantragt dem Parlament, Vorstösse mit dieser Forderung abzulehnen.



Bild: Flughafen Zürich

Ein Verbot fordern die Nationalrätinnen Samira Marti (SP/ZH) und Lisa Mazzone (Grüne/GE) – aus Gründen des Klimaschutzes. Im vergangenen Jahr sind rund 700'000 Menschen innerhalb der Schweiz geflogen, rund 600'000 Personen auf der Strecke Genf-Zürich.

Solche Flüge seien in der kleinen Schweiz mit ihren guten Bahnverbindungen absolut unnötig und verursachten einen gigantischen CO₂-Ausstoss, schreibt Marti. «Sie gehören verboten.» Mazzone weist auf den steigenden Anteil der Luftfahrt an den CO₂-Emissionen hin. Um die Ziele des Klimaabkommens von Paris zu erreichen, es sei unabdingbar, die Luftfahrt-Emissionen zu senken. Ein Verbot würde ausserdem den Fluglärm reduzieren.

Gegenteilige Wirkung

Der Bundesrat will davon jedoch nichts wissen. In seiner am Donnerstag veröffentlichten Antwort schreibt er, ein Verbot von Inlandflügen würde keine massgebliche Einsparung an CO₂ bringen. Es könnte sogar zu einer Zunahme der Emissionen führen.

Laut dem Bundesrat steigen 85 Prozent aller Inlandpassagiere in Zürich auf einen Anschlussflug um. Sie fliegen ab Genf oder Lugano via Zürich an ihre Wunschdestination. Bei einem Verbot von innerschweizerischen Flügen würden Transitpassagiere aller Wahrscheinlichkeit nach nicht auf den Zug ausweichen, sondern einen Flug über einen anderen Umsteigeflughafen buchen - beispielsweise London, Paris oder Frankfurt, schreibt der Bundesrat.

Tourismus und Entwicklung

Auch sei nicht auszuschliessen, dass bei einem Verbot der Verbindung Lugano-Zürich andere Airlines Flüge ab Lugano über ein anderes Drehkreuz als Zürich anbieten würden. Der Bundesrat hält ferner fest, das Tessin und die Romandie hätten mit Blick auf die touristische und wirtschaftliche Entwicklung ein Interesse an Luftverkehrsverbindungen zum Drehkreuz Zürich.

Der Bundesrat rechnet auch nicht damit, dass bald konkurrenzfähige alternative Antriebsformen vorliegen, die weniger CO₂-Ausstoss verursachen. Bis weit ins übernächste Jahrzehnt hinein sei nicht damit zu rechnen, schreibt er. (sda/pt)

Publiziert am Donnerstag, 16. Mai 2019